

Leinwandpreise
festgesetzt
Qual. 150
2. Qual.
weinefleisch
Tausenden
sich sonach
ste erhöht.

wurden:
je 1,1-2,3
Stück zu 4

schweine
2,8-4,8
Verkauft

Brief- und
Telegraphen

Calw.
Calw.

(Seite 758)

vom 30. Juli

Beitrag

Anteil des

Ver-
sicherten
Markt

über An-
derung von
Die Ver-

g!
en Teils
ung der
tenbach,
stett.

Eintritt

chen, Kübel-
kommt auf
schluß vieler
ungenügend
nicht mehr
em etwaigen
ist und der
aufstrebenden
sch verschlim-

Kälber-

Hof.

Uhr
der
er
ensations-

ermann ohne
Notenkenn-
m. spielbar.
g umföngt.
er, Sulda
ant geg. 1846

üne
Calw
erhältlich,



Nr. 184

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 4000 Mt., Familienanzeigen 3400 Mt., Reklamen 12000 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Betr. Nr. 9

Donnerstag, den 9. August 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 50000 Mt. monatlich, Postbezugspreis 50000 Mt. ohne Postgeb. Einzelnummer 2000 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Vom Reichstag.

Englands Vorschläge nicht erfreulich. — Keine Verhandlungen mit Frankreich. Ausharren und Opferbereitschaft. — Schaffung einer wertbeständigen inneren Anleihe und weitere Maßnahmen zur Stärkung unserer Wirtschaft.

Stimmungsbild.

Berlin, 8. Aug. Der Reichstag hatte heute einen großen Tag, die Tribünen waren überfüllt und auch die Diplomatenlogen mit ausländischen Vertretern dicht besetzt. Präsident Loebe wies darauf hin, daß die finanzielle und wirtschaftliche Krise des Landes den baldigen Wiederauftritt des Reichstages notwendig gemacht haben. Das Parlament muß rasche Arbeit leisten, wenn die erhoffte Besserung noch gelingen soll. — Der Präsident gedenkt dann, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, des Ablebens des Präsidenten der Vereinigten Staaten und spricht den Wunsch aus, Amerika möge sich überzeugen, welch große Verdienste um die Menschheit es sich erwerben würde, wenn es als größte und einflussreichste Republik ihre Mithilfe zur Gesundung und Befriedung der Welt gewähre. (Beifall.) Der Präsident teilt dann mit, daß der Abgeordnete Heymann (Deutsche Volkspartei) am Erscheinen verhindert ist, weil er die Ausreisefreiheit aus dem besetzten Gebiet nicht erhalten hat.

Das Wort erhält dann der Reichskanzler Dr. Cuno, der zunächst von den Kommunisten am Sprechen verhindert wird, durch Rufe wie Aufsichtsrat der Stinnes und Konsorten, Schwindler, Betrüger, Abtreter, der lebende Leichnam redet, Sie sind ein Verbrecher am Volke, anhaltende große Unruhe auf allen Seiten des Hauses. (Rufe: Raus mit den Ausländern!) Der Abgeordnete Frölich (Komm.) erhält zwei Ordnungsrufe. Präsident Loebe macht darauf aufmerksam, daß er bei weiterer Nichtbefolgung seiner Mahnungen eine gröbliche Verletzung des Hauses als vorliegend ansehe und die Ausweisung der betreffenden Abgeordneten vornehmen werde. (Lebhafte Beifall.)

Reichskanzler Dr. Cuno beginnt dann seine Rede und erinnert daran, daß am Sonnabend das deutsche Volk den Reichstag begehren werde. Die französische Fabel von der friedlichen Ingenieurkommission und von den produktiven Pfändern lasse sich heute nicht mehr aufrecht erhalten. Wir werden am Widerstand am Rhein und Ruhr treu festhalten. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Entscheidung liegt jetzt an England, aber es wäre zwecklos und gefährlich, in diesem Augenblick über die Einzelheiten der englischen Aktion sich zu verbreiten. Man dürfe auch nicht an Wunder glauben, sondern wir müßten an uns selber glauben. Als der Kanzler erklärte, daß die Regierung die Aufgabe des passiven Widerstandes ablehne, fand er lebhaften Beifall und überzeugend wirkte, wie er herausstrich, daß es Frankreich nur um eine neue Unterschrift zu tun sei, die es für die Verwirklichung seiner Gewaltpläne brauche und die Deutschland dann wie einen Klotz am Beine mit sich herum schleppen würde. Der Reichskanzler ging dann auf die innere Politik ein. Die Gesundung unserer Wirtschaft müsse erreicht werden ohne Rücksicht auf irgend einen Stand oder auf bestimmte Wirtschaftskreise. Nach diesen Worten setzten die Kommunisten wieder mit störenden Zwischenrufen ein und zwangen den Präsidenten Loebe zu der Bemerkung, man möge in dieser Zeit der Not des Volkes nicht auch noch das Bild der Zuchtlosigkeit unter den Abgeordneten bieten. Der Reichskanzler besprach einzelne Vorschläge der Regierung, richtete an die Landwirtschaft die Mahnung zur Lieferung von Lebensmitteln, an die Arbeitgeber diejenige, bei Löhnen und Gehältern der Entwertung des Geldes Rechnung zu tragen und an alle die Pflicht zur Sparsamkeit und zu erhöhten Arbeitsleistungen. Das vaterländische Bewußtsein müsse ein Band der Einigung werden. Die Entfaltung der Verschiedenheiten unter den Ländern dürfe nicht zu einer Gefahr für die Außenpolitik des Reiches führen. Schließlich erklärte der Reichskanzler unter dem Beifall der Mehrheit, daß er dem Vaterlande nur solange seine Kraft widmen könne, als er das Vertrauen des Reichstages besitze. Dann sprach noch der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der die neuen Steuervorlagen in einer einleitenden Rede begründete. Die Länder müßten ihre eigenen Finanzquellen besser ausnützen und darum eine größere Selbständigkeit auf dem Gebiete ihrer Einnahmen erhalten. Das Reich könne die Garantie für wertbeständige Zahlungsmittel nur übernehmen, wenn durch die von der Regierung geplanten Maßnahmen Ordnung in den Etat gebracht werde. Gesunde Verhältnisse seien aber erst möglich, wenn die Ruhrbesetzung durch einen unparteiischen Spruch über den Umfang unserer Reparationsleistungen abgeschlossen werde. — Hierauf wurde entsprechend einem Beschluß des Ältestenrats unter Ablehnung eines kommunistischen Antrags auf sofortige Debatte die Besprechung über die Regierungserklärung auf morgen nachmittag 2 Uhr vertagt.

Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch der Reichskanzler, der Minister des Innern und die Minister des Außen, der Finanzen, der Arbeitsminister und der Wehrminister. In der Diplomatenloge wohnten zahlreiche ausländische Vertreter den Verhandlungen bei. Auf der Tagesordnung stehen das Ruhrpfer und die Steuergesetze.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung 3.20 Uhr und hebt hervor, daß, wie zu befürchten war, die finanzielle und wirtschaftliche Krise des Landes den baldigen Wiederauftritt des Reichstages notwendig gemacht haben. Das Parlament muß rasche Arbeit leisten, wenn die erhoffte Besserung noch gelingen soll. — Der Präsident gedenkt dann, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, des Ablebens des Präsidenten der Vereinigten Staaten und spricht den Wunsch aus, Amerika möge sich überzeugen, welch große Verdienste um die Menschheit es sich erwerben würde, wenn es als größte und einflussreichste Republik ihre Mithilfe zur Gesundung und Befriedung der Welt gewähre. (Beifall.) Der Präsident teilt dann mit, daß der Abgeordnete Heymann (Deutsche Volkspartei) am Erscheinen verhindert ist, weil er die Ausreisefreiheit aus dem besetzten Gebiet nicht erhalten hat.

Das Wort erhält dann der Reichskanzler Dr. Cuno, der zunächst von den Kommunisten am Sprechen verhindert wird, durch Rufe wie Aufsichtsrat der Stinnes und Konsorten, Schwindler, Betrüger, Abtreter, der lebende Leichnam redet, Sie sind ein Verbrecher am Volke, anhaltende große Unruhe auf allen Seiten des Hauses. (Rufe: Raus mit den Ausländern!) Der Abgeordnete Frölich (Komm.) erhält zwei Ordnungsrufe. Präsident Loebe macht darauf aufmerksam, daß er bei weiterer Nichtbefolgung seiner Mahnungen eine gröbliche Verletzung des Hauses als vorliegend ansehe und die Ausweisung der betreffenden Abgeordneten vornehmen werde. (Lebhafte Beifall.)

Reichskanzler Dr. Cuno beginnt dann seine Rede und erinnert daran, daß am Sonnabend das deutsche Volk den Reichstag begehren werde. Die französische Fabel von der friedlichen Ingenieurkommission und von den produktiven Pfändern lasse sich heute nicht mehr aufrecht erhalten. Wir werden am Widerstand am Rhein und Ruhr treu festhalten. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Entscheidung liegt jetzt an England, aber es wäre zwecklos und gefährlich, in diesem Augenblick über die Einzelheiten der englischen Aktion sich zu verbreiten oder Kombinationen daran zu knüpfen. Wir dürfen nicht an Wunder, sondern müssen an uns selber glauben. (Beifall.) Wir haben immer den Willen zur Verständigung mit Frankreich klar bewiesen, aber Frankreich will, daß wir vor jeder Verhandlung den passiven Widerstand aufgeben. Wir sollen also das Rheinland den Franzosen auf Gnade und Ungnade ausliefern. Das ist eine Forderung, auf die die Regierung nicht eingehen kann. (Lebhafte Beifall.) Hinter dieser einen Unmöglichkeit käme eine Kette weiterer Unmöglichkeiten. Frankreich braucht für die Verwirklichung seiner Gewaltpläne eine neue Unterschrift, die Deutschland dann wie einen Klotz am Beine mit sich schleppen würde. Man würde uns zur Unterschrift ein Dokument vorlegen, das so ausgefüllt wäre, daß es alles nachholen würde, was nach französischer Auffassung der Versailler Vertrag veräumt hat. Wir erkennen die Gewaltpläne des Verderbers Cuopas. Wir sind ihnen gegenüber nur auf uns selbst angewiesen und zur Erhaltung des Bestandes unseres Landes müssen wir jedes Opfer bringen. (Rufe bei den Kommunisten: Das ist ja aufgelegter Schwindel!)

Wir wollen festhalten am passiven Widerstand, frei von sinnloser Gewalttat. (Abgeordneter Ledebour: Sie unterstützen ja Sabotageakte.) Der Reichskanzler geht dann auf die innere Politik, vor allem auf die Wirtschaftslage, ein. Die Gesundung unserer Wirtschaft muß erreicht werden ohne Rücksicht auf irgend einen Stand oder auf bestimmte Wirtschaftskreise — im Anschluß an diese Worte kommt es zu minutenlangen Lärmjahren. — Kommunistische Abgeordnete rufen: Sie Bankerrotteur! Der Lärm steigert sich nach Gegenrufen von rechts. Präsident Loebe erucht die kommunistischen Zwischenrufer, in dieser Zeit der Not des Volkes nicht noch das Bild der Zuchtlosigkeit unter den Abgeordneten zu bieten. Auch die Mahnungen des Präsidenten bleiben erfolglos und erst nach einigen Minuten kann der Reichskanzler in der Verlesung seiner Rede fortfahren. — Er kündigt als die nächsten Vorschläge der Regierung an: Wertbeständige Anleihen, neue schärfere Steuergesetze, Förderung der Wirtschaft. Es komme vor allem darauf an, die Tätigkeit der Notendrucke einzuschränken und überflüssige Einfuhr zu unterbinden. Soweit

Neueste Nachrichten.

Der Dollar ist gestern amtlich mit nahezu 5 Millionen bewertet worden.

Die Franzosen fahren mit der Verhaftung von Ruhrbewohnern, der Wegnahme von Geldern und der Beschlagnahme von Dampfern fort.

Im Reichstag gaben Reichskanzler Dr. Cuno und Finanzminister Dr. Hermes eingehende Erklärungen über die Reichspolitik ab. Die Erklärungen treten für Ausharren und Opferbereitschaft ein, empfehlen die Annahme von finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen und warnen vor Illusionen über Englands Vermittlung.

in einzelnen Wirtschaftskreisen: der Weltmarktpreis erreicht ist, sei die Tätigkeit der Außenhandelsstellen überflüssig geworden. Die Reichsbank stehe vor wichtigen währungspolitischen Aufgaben, die mit Vorsicht und Entschlossenheit gelöst werden müßten. An die Landwirtschaft richtet die Regierung die dringende Mahnung, nicht nur in der Arbeit, sondern auch in der Lieferung der Lebensmittel ihre Pflicht zu tun. Die Arbeitgeber aller Stände sollten der Entwertung des Geldes bei Bemessung der Löhne und Gehälter Rechnung tragen. Seit dem Krieg ist unser Volk viel ärmer geworden. Wir müssen mehr sparen und mehr arbeiten. (Rufe bei den Kommunisten: Sie sparen und wir arbeiten!) Die Regierung ist auf dem Posten. (Gelächter und lärmende Zurufe bei den Kommunisten.) Das vaterländische Bewußtsein muß heute ein Band der Einigung sein. Die Verfassung läßt den Ländern die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Verschiedenheiten. Diese Verschiedenheiten dürfen aber nicht zu einer Gefahr für die Außenpolitik des Reiches werden. (Unruhe!) Wir können eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben, wenn der Reichstag hinter einer starken Regierung steht. — (Stürmisches Gelächter links und Rufe: Cuno, der Starke!) Mehr als acht Monate sind es her, seit ich mein Amt übernommen habe (Abgeordneter Ledebour: „als unfähigster aller Kanzler!“). Ich habe es nur getan, weil ich dem Vaterlande dienen wollte. (Beifall bei der Mehrheit.) Ich kann an dieser Stelle dem Vaterlande nur solange meine Kraft widmen, als ich das Vertrauen des Reichstages habe, nicht einen Tag länger. (Beifall und Händeklatschen rechts, Rufe bei den Kommunisten: Treten Sie ab.) Reichsfinanzminister Dr. Hermes nimmt dann das Wort zur Begründung der neuen Steuervorlagen. Niemals seit dem Abschluß des Versailler Vertrages sind solche Eingriffe in die deutsche Staatshoheit, das deutsche Finanzwesen und die deutsche Wirtschaft vorgenommen worden, wie in den letzten Monaten. Die Meinungen der Sachverständigen gingen allerdings weit auseinander. Das finanzielle Verhältnis des Reiches zu den Ländern und Gemeinden bedarf einer Neuregelung. Die Länder müssen ihre eigenen Finanzquellen besser ausnützen. Darum wollen wir den Ländern und Gemeinden durch den neuen Finanzausgleich eine größere finanzielle Selbständigkeit auf dem Gebiete der Einnahmen gewähren. (Beifall.) Die neue Goldanleihe soll bis zum Betrag von 500 Millionen dadurch gesichert werden, daß zur Deckung des Zinsdienstes Zuschläge zur Vermögenssteuer erhoben werden. Diese Anleihe wird vor allem begünstigt durch Befreiung von der Bierumsatzsteuer und Erbschaftsteuer. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach einem wertbeständigen Zahlungsmittel soll durch die neuen Schatzanweisungen befriedigt werden. Das Reich kann eine solche Garantie aber nur übernehmen, wenn durch die übrigen von der Regierung geplanten Maßnahmen Ordnung in den Etat gebracht wird, und die Ausgaben durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden. Darum bilden alle Steuervorlagen der Regierung ein zusammenhängendes Ganzes. Gesunde Verhältnisse werden aber erst eintreten, wenn die Ruhrbesetzung durch einen unparteiischen Spruch über den Umfang unserer Reparationsleistungen abgeschlossen wird. Bis dahin wollen wir der Welt durch schnelle Erledigung der Steuervorlagen beweisen, daß wir nach Möglichkeit finanzielle Ordnung bei uns schaffen wollen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Abg. Roenen (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung, gegen den Beschluß des Ältestenrats, wonach die Aussprache über die Regierungserklärung morgen beginnen soll, die Debatte sofort aufzunehmen, damit die unerhörte Rede des unfähigen Reichskanzlers (Unruhe rechts) nicht einen Tag unbenutzt ins Land geht. Arbeiterdelegationen der Berliner Großbetriebe hätten diese Forderungen an den Reichskanzler gerichtet. In vielen Betrieben sei jetzt schon passive Resistenz proklamiert worden, um Cunos Rücktritt zu erzwingen. (Geläch-

ter.) Abg. Müller-Franken (Soz.) tritt dieser Forderung entgegen. Wenn der Reichstag ihr entsprechen würde, so wäre das die Abdankung des Parlaments. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Um 1/2 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr, Besprechung über die Regierungserklärung.

Das Echo der Kanzlerrede in den Berliner Morgenblättern.

Berlin, 9. Aug. Die gestrige Rede des Reichskanzlers Dr. Cuno findet nur in einem Teil der Presse eine kritische Würdigung, während die übrigen Blätter sich darauf beschränken, ein Stimmungsbild der gestrigen Reichstagsitzung zu geben und über den Inhalt der Rede des Kanzlers und der Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes nur das Tatsächliche zu verlauten zu lassen. Diese Zurückhaltung hat ihre Ursache wohl darin, daß man der Reichstagsdebatte über die Cunorede nicht vorgreifen will. Die außenpolitischen Ausführungen im ersten Teil der Rede finden in keinem Blatt mit Ausnahme der „Roten Fahne“ Widerpruch. Der „Berliner Lokalanzeiger“ hebt besonders hervor, daß dieser Teil der Kanzlerrede die Zustimmung so ziemlich des ganzen Hauses fand. Die „Deutsche Tageszeitung“ unterstreicht, daß der Kanzler aus der außenpolitischen Entwicklung der letzten Wochen die Bilanz mit zwei Feststellungen gezogen habe: Wir stehen allein und niemand in Deutschland denke an eine Kapitulation. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Der Reichskanzler hat gestern erklärt, daß keine Regierung bereit sein würde, den passiven Widerstand aus Gnade und Ungnade aufzugeben, und das sollte man zum mindesten auch in London verstehen. Er hat gesagt, daß wir uns mit allen Mitteln und eiserner Entschlossenheit am Leben erhalten müssen und man darf erwarten, daß der deutsche Reichstag das Maß von Entschlossenheit noch verstärken wird. Die „Bosnische Zeitung“ begrüßt es, daß sich der Kanzler die Forderung nach Aktivität zu eigen machen wolle. Da vielleicht im Augenblick und besonders auf außenpolitischem Gebiet zu solcher Aktivität die Zeit noch nicht gekommen sei, so müsse sich diese Aktivität im Innern auf finanz- und wirtschaftspolitischen Gebiet umsomehr stark machen, als hier die Erfolge indirekt dazu beitragen, Deutschlands außenpolitische Lage und seine moralische Stellung gegenüber der Welt sehr wesentlich zu beeinflussen. — Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ billigen es, daß der Reichskanzler die Vertrauensfrage stellt auf Grund eines Programms, das die innere Politik den Bedürfnissen der äußeren unterordnet.

Zur Augusttagung des deutschen Reichstages.

W.W. Der deutsche Reichstag ist zum 8. August aus den Sommerferien zurückgekehrt worden, um sich mit den von der Reichsregierung ausgearbeiteten Gesetzentwürfen zu beschäftigen. Es sind Gesetze zur Anpassung der Vermögenssteuern an die Geldentwertung, zur Erhebung einer Sondersteuer zu Gunsten des Kampfes für Rhein und Ruhr von den Besitzenden, sowie zur Schaffung einer wertbeständigen Reichsanleihe. Der Zweck dieser Gesetze ist, die Einnahmen des Reiches auf das Vielfache des gegenwärtigen Standes zu heben und so die Kosten unseres Abwehrkampfes aus tausenden Eingängen zu decken. Daneben wird durch die dem Reichstag vorzuliegenden Gesetze erstrebt, die Bevölkerung in den nichtbesetzten Reichsteilen mehr als bisher zu Mitträgern unseres Existenzkampfes zu machen, der sich an Rhein und Ruhr abspielt. Für den Außenstehenden — und besonders für den Ausländer — ist der peinliche Schein erweckt worden, als seien die jetzt schwebenden Reichsgesetze auf eine Anregung des Kabinetts Baldwin zurückzuführen. Nun hat allerdings Baldwin die Idee, Deutschland möchte seine öffentlichen Finanzen beschleunigt in Ordnung bringen, erst in seiner Rede vom 2. August bekannt gegeben.

Trotzdem könnten hämische Jungen behaupten, Baldwin habe diese Anregung bereits vorher durch den deutschen Botschafter in London, Dr. Sthamer oder durch den britischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, dem Reichskabinet mitgeteilt. Es wäre gut gewesen, wenn auch der leiseste Zweifel an der deutschen Herkunft der Reformgesetze vermieden worden wäre, indem schon vor Wochen oder Monaten die jetzt ausgearbeiteten Gesetze dem Reichstag vorgelegt worden wären.

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit der Reichsregierung der Vorwurf gemacht wird, sie habe sich über die Dauer des Ruhrkampfes verhängnisvoll getäuelt und damit indirekt den heutigen Verfall unserer Währung und unserer Wirtschaft verschuldet, so kann man diesen Vorwurf mindestens mit gleichem Recht dem Reichstag selber machen, als dessen regierender Ausschuss das Reichskabinet erscheint. Was auch immer an Finanzgesetzen von der Reichsregierung in den letzten Jahren beim Reichstag eingebracht worden sein mochte, — immer wieder haben sich die Parteien in engherzigster Weise um die Einfügung bzw. Auslassung von Klauseln, um die Steuersätze, über Stichtag usw. gestritten und damit kostbare Zeit vertan. Die Parteien fühlten sich viel zu sehr als Sachwalter und Wortführer der Interessengruppen und viel zu wenig als das lebende Gewissen unseres Volkes und seiner Zukunft. Wenn beklagt wird, daß vom Regierungstisch des Reichsparlaments viel zu selten eindringliche Worte über unsere Lage, über die Vernichtungspolitik unseres westlichen Nachbarn, gegen die Lüge von der deutschen Kriegsschuld und für außerordentliche Anstrengungen und Opfer gesprochen worden sei, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß auch aus den Parteien kein großes Wort in das Volk und in die Welt hinausgedrungen ist!

Die Reichsregierung hat in ihrem feierlichen Aufruf vom 28. Juli versprochen, alles irgend mögliche zu tun, um das Verhängnis von uns abzuwenden. Der Reichstag muß bei seinem Zusammentritt am 8. August die gleiche Gesinnung betätigen. Daß sich die Interessenten gegen die ihnen zugeordneten Belastungen wehren und alle erdenklichen Gegengründe dagegen anführen, ist ihr Recht. Die Pflicht des Parlaments dagegen ist es, abzuwägen, ob im gegenwärtigen Zeitpunkt zarte Rücksichtnahme auf einzelne zu rechtfertigen ist, und ob nicht vielmehr

bei der ängstlichen Berücksichtigung aller Einwände das ganze politische und wirtschaftliche Reichsgebäude in Trümmer geht und alle Interessenten unter sich begräbt. Wird der Reichstag vom August 1923 nicht von der Stimmung seines Vorgängers aus dem August 1914 ergriffen, so wird auch diese Ferientagung wieder unter die traurige Rubrik gestellt werden müssen: Es wurde leeres Stroh gedroschen.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Der Stand des Ruhrkampfes.

W.W. In den ersten Augusttagen haben sich mehrere Ereignisse zugetragen, die für unseren Abwehrkampf an der Ruhr bedeutsam sind. Die Reden, welche Ministerpräsident Baldwin am 2. August im Unterhaus und gleichzeitig Außenministerpräsident Lord Curzon im Oberhaus gehalten haben, beweisen aufs neue, wie gut wir daran tun, die Erwartungen auf eine baldige zielbewusste Intervention Englands nicht allzu hoch zu spannen. Augenscheinlich hat das britische Kabinet mit seiner Programmklärung vom 2. August sonderbar wollen, inwieweit die öffentliche Meinung Englands fähig und bereit ist, sich ein politisches Vorgehen unabhängig von Frankreich vorzustellen. Die Warnung, die Baldwin an die französische Adresse gerichtet, hat genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie bezweckt hatte: Poincaré hat seinerseits den Wortlaut der französischen Note vom 27. Juli veröffentlicht und damit geradezu die Brücken abgebrochen, die zu der englischen Politik hinüberführten. In der französischen Note wird mit abschließlicher Entschiedenheit ein Entgegenkommen Frankreichs in der Ruhrfrage abgelehnt und sogar die Erwartung ausgesprochen, daß die britische Regierung dem befreundeten Frankreich doch wohl nicht zumuten wolle, dieser feierlichen Erklärung zuwiderzuhandeln. Nach dieser überstürzten Veröffentlichung aus Paris wird die von Baldwin angekündigte Veröffentlichung des britisch-französischen Notenwechsels kaum noch den Charakter einer Sensation tragen. Ein weiteres folgenschweres Moment für unseren Abwehrkampf ist der plötzliche Präsidentenwechsel in Amerika. Wenn auch der verstorbene Präsident Harding gerade nicht als Vorkämpfer einer großen internationalen Befriedungsaktion anzusprechen war, so ist er doch zweifellos in die europäischen Probleme genauestens eingearbeitet gewesen. Sein Nachfolger Coolidge wird zwar als politisch gut unterrichtet gekennzeichnet, wird jedoch ohne Zweifel Monate Zeit gebrauchen, um sich mit den großen schwebenden Problemen vertraut zu machen. Er soll übrigens zu der Gruppe derjenigen Politiker in der „Republikanischen Partei“ gehören, welche den innerpolitischen Fragen den Vorrang vor den außerpolitischen geben.

In einer Zeit wie der heutigen wäre es verhängnisvoll, wenn wir uns über die tatsächliche Lage Illusionen machten. Das große politische Duell zwischen Frankreich und England, — das ja für den Ausgang unseres Selbstbehauptungskampfes im Westen eine hervorragende Rolle spielt, steht heute zweifellos noch immer zu Gunsten Frankreichs. Die englische Attade vom 2. August war erfolglos. Wenn sich die Londoner Politiker nach wie vor scheuen, formulierte Forderungen nach Paris zu senden und (bei deren Ablehnung) Deutschland gegenüber eine zielbewusste Sonderpolitik zu treiben, so wird sich an der politischen Vorherrschaft Frankreichs auf dem europäischen Festlande nichts ändern. Ueber die Tiefe des Gegensatzes zwischen der englischen und französischen Politik ist ein Zweifel nicht mehr möglich. In der französischen Note vom 27. Juli ist klar gesagt, daß durch die Ruhrbesetzung keine Sicherung der deutschen Reparationsleistungen, sondern im Gegenteil eine schwere Störung des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Deutschland beabsichtigt war. Unter dem Druck der zunehmenden Not sollten das deutsche Volk und seine Regierung müde gemacht und zur Kapitulation gezwungen werden. Das englische Interesse ist diesem genau entgegengesetzt. Es wird besten Falles noch Monate dauern, bis sich eine englische, — bzw. eine gemeinsame englisch-italienisch-amerikanische — Initiative entwickelt. Darum muß für unser Volk die Lösung sein, sich durch die Note des Tages nicht um Haarsbreite von der gegenwärtigen Abwehrfront abdrängen zu lassen! Dr. Croll.

Beratungen des Brüsseler Kabinetts.

Paris, 7. August. Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ berichtet: die belgische Regierung habe beschlossen, ein von der Pariser Konferenz im Januar dieses Jahr ausgehendes und bis zum Monat Juli einschließlich der letzten Tage der interalliierten Verhandlungen reichendes Graubuch zu veröffentlichen. Die Frage, ob die sogenannten technischen Studien der belgischen Regierung mit veröffentlicht werden sollen, werde noch erwogen. In Brüssel werde erklärt, diese Veröffentlichung sei notwendig, um den ausdrücklichen Wunsch zu einer Regelung der Reparationsfrage zu zeigen. Der heute Vormittag stattgehabte Ministerrat habe die internationale Lage besprochen. Man glaube, daß die diplomatische Tätigkeit sich im Laufe des Monats August verlangsamten werde und daß das englische Kabinet im Augenblick nicht daran denke, irgendeine neue Initiative zu ergreifen. Deshalb frage man sich in gewissen belgischen Kreisen, ob nicht der Augenblick gekommen sei, eine Initiative zu ergreifen, um so bald als möglich die Reparationsfrage in ihrem gesamten Umfang zu regeln.

Paris, 7. August. Es wird bestätigt, daß demnächst eine Besprechung zwischen den französischen u. den belgischen Ministern stattfinden soll, in der verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Besetzung des Ruhrgebietes geprüft werden sollen. Im Gegenlag zu der heutigen Meldung des „Matin“ stellt man auch fest, daß der Zeitpunkt der Besprechungen noch nicht bestimmt sei.

Gegen die deutsche Goldanleihe.

Paris, 7. August. Der „Temps“ schreibt zu der geplanten deutschen Goldanleihe, diese werde zur Verlängerung des Widerstands im Ruhrgebiet beitragen und stellt schließlich folgende Fragen: Kann ein so großartiger Plan, der so dazu angetan ist, die finanzielle Zukunft Deutschlands in Mitleidenschaft zu ziehen, zur Ausführung gelangen, ohne daß die Reparationskommission ihre Zustimmung gegeben hat? Sollte man nicht in den Studien, die die Reparationskommission vornehmen wird, bevor sie sich hierüber ausspricht, tausend Gründe zu einer neuen Prüfung der

deutschen Leistungsfähigkeit, zu einer Erörterung der Zahlungsmethoden und zur Erfassung der Zahlungsmittel finden? Ist das englische Kabinet geneigt, schließt der „Temps“, in dieser Weise die Verhandlungen wieder anzuknüpfen?

Französisch-belgische Gewaltpolitik.

Grausamkeit der Franzosen.

Bonn, 8. Aug. Hier wurde dieser Tage die greise Frau Heffgen mit ihrem im zartesten Alter stehenden Enkelkindchen ausgewiesen. Die Eltern des Säuglings mußten vor einigen Wochen ihr Heim verlassen, als das Kind schwer erkrankte und daher nicht transportfähig war. Auf ein Gesuch bei der französischen Behörde wurde gestattet, daß das Kind bis zur Genesung bei der bejahrten Großmutter zurückbleiben durfte. Nachdem es jetzt genesen, ist der Ausweisungsbefehl für das Kind erneut in Kraft getreten. Gleichzeitig wurde auch die Greisin ausgewiesen.

Die Fortsetzung der Gewalttaten.

Necklinghausen, 9. Aug. Stadtschulrat Dr. Hellermann ist am Mittwoch vormittag in seiner Wohnung von französischen Gendarmen verhaftet und zum Gymnasium abgeführt worden. Am 4. August war nämlich die Frist zur Zahlung der der Stadt auferlegten 500 Millionen Mark Strafe abgelaufen, bei deren Festsetzung die Drohung ausgesprochen worden war, daß bei nichtfristmäßiger Bezahlung Stadtschulrat Hellermann als Mitglied des Magistrats in dreimonatige Haftstrafe genommen würde. Die Geldstrafe war auferlegt worden wegen eines angeblichen Attentats gegen einen französischen Posten am 10. Juni.

Berlin, 7. August. Bekanntlich ließ die französische Regierung sowohl im Rheinland, wie im Ruhrgebiet eine große Anzahl Deutscher als Geiseln festnehmen, um dadurch die Freilassung von Franzosen zu erreichen, gegen die in Deutschland ordentliche Gerichtsverfahren wegen gewöhnlicher Straftaten schweben. Die deutsche Regierung legte gegen dieses völkerrechtswidrige Verfahren in Paris unverzüglich Verwahrung ein. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung haben nunmehr zur Freilassung der deutschen Geiseln geführt. Wenn es auch trotz allen Bemühungen nicht gelungen ist, sämtliche in diesem Zusammenhang von den Franzosen festgenommenen Geiseln namentlich zu ermitteln, erscheint doch die Annahme gerechtfertigt, daß nunmehr keine Deutschen mehr zur Vergeltung für die Verhaftung von den Franzosen festgehalten werden, auch nicht für den im französischen Solde stehenden Reichsangehörigen Schuldis. Deutscherseits geschieht alles, um das Verfahren gegen Schuldis und gegen die festgenommenen Franzosen zu beschleunigen.

Düsseldorf, 9. Aug. Die Franzosen haben die als Geiseln verhafteten Deutschen namens Dr. Ellenbeck, Dr. Kettler und Dr. Hoff aus der Haft entlassen und dafür sieben andere Deutsche, darunter Dr. Karl und Dr. Werner, als Geiseln in Haft genommen. — Auf Befehl der Besatzungsbehörden wurden wiederum 193 Eisenbahnbedienstete aus Düsseldorf ausgewiesen, weil sie sich den militärischen Befehlen nicht gefügt haben. Die Familien müssen binnen vier Tagen nachfolgen.

Paris, 8. Aug. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf sind am 6. August 1200 Millionen Mark und 1666 Franken im Barmer Bankverein „beschlagnahmt“ worden als Vergeltung für eine Summe, welche die Zweigstelle des Barmer Bankvereins in Siegburg gelegentlich einer kürzlich vorgenommenen Beschlagnahme verheimlicht habe.

Mainz, 7. August. Nach einer Meldung der Havasagentur wurden in Wiesbaden 8 Milliarden Mark beschlagnahmt, die zur Bezahlung der streikenden Eisenbahner bestimmt waren. Ferner wurden nach der gleichen Quelle 147 Millionen Mark beschlagnahmt, die für die Eisenbahner von Diez an der Lahn bestimmt waren.

Mannheim, 9. Aug. Heute früh haben die Franzosen im Mühlau-Hafen sämtliche Dampfer beschlagnahmt.

Düsseldorf, 7. August. Da vom rechten Lippeufer aus auf einen belgischen Posten Schüsse abgegeben worden sein sollen, eruchte der belgische General den Düsseldorfer Polizeipräsidenten um strenge Untersuchung. Nach einer Blättermeldung heißt es am Schluß seines Schreibens: Ich erjuche Sie, der unter Ihrer Verwaltung stehenden Bevölkerung nördlich der Lippe zur Kenntnis zu bringen, daß im Falle der Wiederholung solcher Vorfälle Waffengewalt in Tätigkeit gesetzt werden, um irgend einen bewohnten Ort, der mehr oder weniger in der Nähe der Stelle liegt, von der aus Schüsse abgegeben worden sind, unter Streifenfeuer zu nehmen. In Kantien sind, wie die Blätter melden, von der belgischen Besatzungsbehörde Lebensmittel, die vom Roten Kreuz für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden waren, beraubt worden. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat die unverzügliche Freigabe der Lebensmittel gefordert.

Essen, 7. August. Bei der Besetzung der Reichsbank in Gelsenkirchen spielten sich wüste Szenen ab. Die Straßenspankanten, die sich gerade in der Nähe der Reichsbank befanden, wurden mit Fußtritt und Peitschenhieben mißhandelt und weggetrieben.

Zur auswärtigen Lage.

Vergrößerung der französischen Flotte.

Paris, 8. Aug. Der Marineminister hielt heute bei einem Bankett des Gemeinderats von St. Malo eine Rede, in der er ankündigte, daß er beim Wiederzusammentritt des Parlaments einen Gesetzentwurf betreffend die Konstitution der Hochseeflotte und der Grundgesetze der Kriegsmarine einbringen werde. Wenn das Parlament ihn annehme, werde man im Rahmen des Bauprogramms, für das 20 Jahre vorgesehen seien, die für die französische Politik erforderliche Flotte schaffen können.

Aufhebung der französischen Bevölkung.

Paris, 8. Aug. Nach dem „Intransigeant“, der das einen hinterlistigen Feldzug nennt, wird zur Beunruhigung der Hausaltungen das Gerücht verbreitet, daß es Frankreich im kommenden Winter an Haushaltskassen fehlen werde. Demgegenüber behauptet das Blatt, daß nicht die geringste derartige Gefahr

Zahlungs-
den? Ist
in dieser

Politik.

reise Frau
Entkündi-
gungen vor
und schwer
Auf ein
tattet, daß
Kochmutter
der Aus-
getreten.

ellermann
von fran-
um abge-
Frust zur
W. ruf
ung aus-
er Bezah-
s Magi-
rde. Die
geblieben
Juni.

che Regle-
Anzahl
fassung von
ordentliche
ben. Die
rige Ver-
Verhand-
zur Frei-
trotz allen
zusammen-
lich zu er-
nummehr
lung von
anzösischen
tscherheits
gegen die

als Gei-
Dr. Kett-
r sieben
ner, als
sagungs-
ste aus
hen Be-
innen

Düsseldorf
anten im
lung für
ereins in
Beschlag-

asagentur
hmt, die
waren.
en Mark
der Kahn

ranzosen
nt.

ufer aus
in sollen,
ffizienten
heißt es
er Hrher
r Kenn-
Vorfälle
und einer
er Stelle
er Streu-
en, von
in roten
ung ge-
präsident
ensmittel

bank in
assanten,
wurden
etrieben.

i einem
der er
laments
seeflotte
Wenn
es Bau-
ie fran-

ng.
s einen
r Haus-
kommen-
genüber
Gefahr

Bestehe, selbst wenn aus dem Ruhrgebiet keinerlei Kohle nach Frankreich kommen sollte, da die französischen Kohlengruben monatlich 800 Tonne Kohlen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres förderten und aus dem Saargebiet monatlich 100 000 Tonne mehr als im letzten Jahre zur Verfügung ständen.

Deutschland.

Eine treffliche Maßnahme des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 7. August. Die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit alle Kräfte der Eisenbahn für die Beförderung der lebenswichtigsten Güter, besonders der Ernte, einzusetzen, wird zu Einschränkungen des Personenverkehrs führen müssen. Der Reichsverkehrsminister unterlagte daher die Führung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen grundsätzlich. Weitere Einschränkungen werden nach Maßgabe der Verkehrslage folgen. Die Bestimmungen des Reichsverkehrsministers können unterliegt und lästigere Maßnahmen verkündet werden, wenn nicht in der Öffentlichkeit der Gedanke durchdringt, daß die Zeit nicht dazu angetan ist, Feste zu feiern und Luxusfahrten zu unternehmen. Auch Versammlungen zu wirtschaftlichen und ähnlichen Zwecken sollten auf bessere Zeiten verschoben werden.

Schwierigkeiten des Einzelhandels.

Berlin, 7. August. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gibt bekannt: Die seit dem Krieg gegenüber dem Einzelhandel bestehende Ausnahmelegislation hat zur Folge, daß dieser größtenteils seine Substanz bereits verlor. Die mit der fortschreitenden Geldentwertung für den realen Handel immer untragbarer werdenden Bestimmungen der Preistreibererei- und die Preisstillverordnungen drohen dem Einzelhandel den letzten Rest seiner Substanz zu entziehen und zwingen ihn, seine Funktion gänzlich einzustellen. Die Vorstellungen der Spitzenorganisation bei den zuständigen Regierungsstellen vermochten es bisher nicht, für den Einzelhandel eine gleichberechtigte Stellung innerhalb der verschiedenen Gruppen des Wirtschaftslebens zu erreichen. Wegen der Unmöglichkeit ausreichender Versorgung in Folge der gesetzlichen Zwangsmaßnahmen sah die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels als Spitzenorganisation im Einvernehmen mit den Berliner Ortsgruppen den Beschluß, in Berlin am 9. August die Geschäfte zu schließen und vom 10. ab die Verkaufszeit auf 6 Stunden zu verkürzen. Zunächst wurde davon abgesehen, die erwähnten Maßnahmen auf die Lebens- und Genussmittelgeschäfte auszudehnen.

Feierliche Begehung des Verfassungstags in Berlin.

Berlin, 6. Aug. Die Feier des Tages der Weimarer Verfassung am 11. August wird sich in Berlin diesmal in besonders großem Rahmen abspielen. Der Tag wird um neun Uhr durch ein allgemeines Glöckläuten eingeleitet. Dann folgt ein Aufziehen der Wache vor dem Reichspräsidenten und um 12 Uhr eine Feier im Reichstag, sowie eine allgemeine Feier auf dem Königsplatz. Die Festrede im Reichstag hält Professor Dr. Anshütz und für Ruhr und Rhein Oberbürgermeister Dr. Jarres. Ein Aufmarsch sämtlicher Vereine und Innungen vor dem Reichspräsidenten und Kabinett folgt. Nachmittags finden Wettkämpfe im Stadion und die Verfassungsfeier der verschiedenen Parteien statt. Abends ist Festvorstellung im staatlichen Opernhaus, Massen- und Umgebung des deutschen republikanischen Reichsbundes im Lustgarten mit anschließendem Feuerwerk und Fackelzug vor das Opernhaus. Während des ganzen Tages wird eine Sammlung für das Volksoffer für Rhein und Ruhr veranstaltet. In einer soeben erlassenen Verfügung des preussischen Innenministers wird bestimmt, daß mit den Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzügen keinerlei Demonstration für andere Wünsche oder Ziele als allgemein für die Feier des Verfassungstages verknüpft werden dürfen.

Kurze Nachrichten.

Berlin, 7. August. Die von einer Zeitung dem Reichspräsidenten in den Mund gelegte Äußerung, er werde nie seine Einwilligung zu einem Eingreifen in Sachsen geben, ist wie den Blättern von zuständiger Seite mitgeteilt wird, erfunden. Der Reichspräsident hat eine solche Äußerung nie getan.

Berlin, 7. August. Die Sitzung des Ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates ist vom 10. auf 9. ds. Mts. und die Vollsitzung des Reichseisenbahnrates vom 11. auf 10. ds. Mts. verlegt worden. Auf der Tagesordnung steht: Einführung wertbeständiger Tarife und Indertarife.

Berlin, 7. August. Wie wir erfahren, hat die Verabredung der der Stempelvereinigung angehörenden Berliner Banken und Bankiers, Dessen nicht im Freiverkehr zu handeln, zunächst nur für gestern gegolten. Sobald eine völlige Klärung der Lage eingetreten ist, wird diese vorläufige Zurückhaltung aufhören und am Freiverkehr wieder teilgenommen werden, was vereinzelt bereits geschehen ist.

Berlin, 7. August. Mit Wirkung ab 13. August wurde, wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, der Richtsatz des Grundlohns auf das Bierfache und im befestigten Gebiet auf das Fünffache der regelmäßig veröffentlichten Reichsindexzahl der Lebenshaltungskosten festgesetzt.

Frankfurt a. Main, 7. August. Der Mitinhaber des bekannten Bankhauses Bachus Strauß-Frankfurt a. Main und Harburg a. Lahn, Herr Hugo Strauß, ist gestern Nachmittag ganz plötzlich infolge eines Herzschlages im Alter von 45 Jahren gestorben.

Hamburg, 9. Aug. Die Werft Blohm u. Voß stellte gestern die Arbeit ein und entließ sämtliche Arbeiter. Als Grund wird von der Werft angegeben, daß sich die Belegschaft an fremdem Schiffseigentum und am Eigentum der Betriebsbeamten vergrißen habe. Außerdem wird auf kommunistische Umtriebe hingewiesen.

Leipzig, 8. Aug. Der Ferienenat des Reichsgerichtes hat den Dreher Gerhard Strej aus Magdeburg wegen Landesverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Strej war im März 1916 in der Champagne von einer Wache weg zu den Franzosen übergelaufen und hatte diesen die deutschen Stellungen verraten. 1920 kehrte Strej

von der Gefangenschaft zurück und wurde im Dezember 1922 wegen Verrats verhaftet. Der Angeklagte war geständig. Der Reichsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Hamburg, 7. August. Der Streik in der deutschen Hochseefischerei, der nahezu 10 Wochen sämtliche deutsche Fischdampfer stilllegte, wurde nach erneuten Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium zum Abschluß gebracht. Voraussichtlich dürften am Donnerstag wieder die ersten Dampfer ausfahren.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. August 1923.

Handwerk und Geldentwertung.

Landtagsabg. und Flaschnerobermeister Henne, Tübingen, hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht: „Angesichts der ungeheuren Geldentwertung, von der das Handwerk in katastrophaler Weise betroffen wird, ist es dringend notwendig, daß die staatlichen Behörden die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen den Zeitverhältnissen anpassen. Ist das Finanz- und Arbeitsministerium bereit, die Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen entsprechend abzuändern? Insbesondere wäre bei allen Aufträgen dem Unternehmer die Mittel zur Materialbezahlung sofort in die Hand zu geben, Abschlagszahlungen während der Bauausführung innerhalb einer Woche anzuweisen und die Abrechnung nach Vollendung der Arbeiten in der Weise vorzunehmen, daß dem Handwerksmeister sein Guthaben durch die Geldentwertung nicht geschmälert wird. Gleichzeitig sollten auch auf die Reichsvergebungsbehörden und auf die Gemeinden und Amtskörperschaften des Landes entsprechend eingewirkt werden.“

Kleine Anfragen.

(SGB) Stuttgart, 6. Aug. Der Abg. Bazille hat an das Staatsministerium folgende kleine Anfragen gerichtet: Ist das Staatsministerium nicht in der Lage, für unverwendete Gerichtsassessoren, insbesondere für solche, die Kriegsteilnehmer waren, in irgend einer Weise zu sorgen? Ist die baldige Vorlage des Entwurfs eines Baulandumlegungsgesetzes zu erwarten? Der Abg. Bazille begnügt sich mit einer schriftlichen Antwort.

Wetter am Freitag und Samstag.

Die Störung zieht nördlich von uns vorüber. Der Hochdruck im Südosten behauptet sich. Am Freitag und Samstag sind nur vereinzelte Gewitter, sonst wieder trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Sirau, 8. Aug. Die hiesige Ortsgruppe des Evangelischen Volksbundes ist flügge geworden. Sie hebt ihre Schwingen und hat sich demgemäß am vorigen Sonntagabend in eine breitere Öffentlichkeit als sonst hinausgewagt. Die prächtig emporgediehene, jedermann zugängliche Kuranlagen mit ihrer luftig-günstigen Wandelhalle waren hierzu ein geeigneter Platz. Nach Eröffnung des Bundesabends mit allgemeinem Gesang, unter Posaunenbegleitung durch die Herren Bathge, Rapp, Polster, Jübler hielt Herr Stadtpfarrer Lang von Calw einen Vortrag über „Das Reich der Schöpfung und Erlösung“, wobei er in volkstümlicher, packender Weise durch Beispiele und Bilder das Gesagte illustrierte. Die Mannigfaltigkeit in der Natur ist ihm ein Gleichnis der reichen Lebensfülle im Reich Gottes. Weder hier noch dort unterschiedslose Eimerlichkeit und Gleichheit, welche nur Eintönigkeit, Langeweile und Tod bedeuten würden. Praktische, zeitgemäße Winte ergaben sich hieraus von selbst. Nach einem Zwischenlied deklamierte R. Schauler Schillers „Worte des Glaubens“ in ausdrucksvoller Betonung, worauf gnomensatte Zwerge, plötzlich wie aus dem Erdboden gestampft, und Elfen mit Nebelschleiern, wie von eiligen Lüften herbeigetragen, die Szene füllten, um unter Wechselbegleitung mit Violinbegleitung (Rapp) graziöse Reigen aufzuführen. Ein ergötzliches Schauspiel! Es war für Frau Revisor Schauler keine Kleinigkeit, die hiesigen Bundeslieder in so märchenhafte Wesen zu verwandeln; aber die Verwandlung gelang so gründlich, daß die Kinder selbst daran glaubten und ihre Rolle ganz natürlich und selbstvergessen abwickelten. Nach abermaliger Posaunen- und Gesangsbeilage ergriff Herr Stadtpfarrer Lang zum Schluß noch einmal das Wort, um die Aufgaben des Evangelischen Volksbundes den Anwesenden auseinanderzusetzen, wobei er die Pflicht betonte, sich zu seinem Glauben zu bekennen. Mit allgemeinem Choralgesang endete das Ganze. Die bunte Mannigfaltigkeit des Abends wurzelte in dem einen Bestreben, die Sache des Evangelischen Volksbundes Erwachsenen und Kindern lieb und wert zu machen und seine Belange auch weiteren Kreisen näher zu bringen. Unser betriebamer Vorstand, Herr Obersteuersekretär Koch, hat das Verdienst, die Veranstaltung trotz mancher Schwierigkeiten zustande gebracht zu haben und ergriff im Laufe des Abends seinerseits immer wieder die Gelegenheit, gebührenden Dank allen denen auszusprechen, welche durch ihre mühevollen, nicht selten mit ziemlichen Unkosten verbundene Beihilfe und Mitwirkung zum Gelingen des Abends beigetragen haben, ohne den besonderen Dank zu vergessen, welchen wir der Kurverwaltung für gefällige Ueberlassung der Kuranlagen schulden.

(SGB) Herrenberg, 8. Aug. Von einer Verfassungsfeier in der Stadt am 11. August ist sowohl in Anbetracht der trostlosen wirtschaftlichen und politischen Lage unseres Volkes als auch mit Rücksicht auf die dringenden Erntearbeiten abgesehen worden.

(SGB) Gmünd, 8. Aug. Ihr diamantenes Hochzeitsjubiläum können nächsten Freitag, 10. August, Herr und Frau Ludwig Büchler feiern. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Jubelpaar durch eine Ehrengabe zu erfreuen.

(SGB) Biberach, 8. Aug. Am Samstag mittag fand ein Knabe beim Spielen im Kirchgraben, in einer Felsenhöhle versteckt, eine große Geldsumme in Banknoten. Darunter befanden sich auffallend viele 500-M-Scheine.

(SGB) Eberhardzell Oa. Waldsee, 7. Aug. Ein vor einigen Tagen bei einem Landwirt in Längenmoos in Dienst getretener Knecht verlangte von seinem Dienstherrn zum Holen seines Koffers ein Fuhrwerk. Der Herr bewilligte es und gab ihm dazu ein Pferd mit Wagen. Der Knecht ist nun nicht mehr zurückgekehrt und es ist deshalb anzunehmen, daß er mit dem wertvollen Ross und Wagen flüchtig gegangen ist.

(SGB) Goppoldshofen, Oa. Leutkirch, 7. Aug. Ein Maurermeister aus der Gemeinde hatte auf der benachbarten Reute bei einem Dekonomen Arbeiten ausgeführt und einen Tagelohn von 4 Mark nebst Befestigung ausbedungen. Außerdem mußte der Dekonome dem Handwerksmeister zwei Ferkel abgeben zum Preise von 20 Mark das Stück. Der Handwerksmeister war mit dem Geschäft wohl zufrieden und dem Dekonomen war diese Abfindung auch recht.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Dollar (amtlich) 4 867 850 M. Im Freiverkehr wurden gestern nachmittags 4 Uhr von den Stuttgarter Börsen 5 1/2 Millionen Mark bezahlt. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken beträgt vom 6. August an 260 000 M. (bisher 184 000 M.).

Die Börsen standen heute in den Zeichen einer Katastrophenhäufung. Die Nachfrage nach Effekten war ungeheuer; die Angebote verschwindend klein.

Vom Württembergischen Kreditverein.

Der Arbeitsausschuß der aus Mitgliedern bestehenden Oppositionsgruppe hat in seiner Sitzung vom Montag festgestellt, daß er schon jetzt über eine genügende Anzahl Stimmen verfügt, um eine Auflösung des Kreditvereins ohne seine Zustimmung zu verhindern. Mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Vereins hat die Oppositionsgruppe, welche positive Arbeit leisten will, dem Vorstand des Kreditvereins mitgeteilt, daß sie bereit sei, mit dem Vorstand, obwohl dieser durchweg aus Nichtmitgliedern bestehe, in Einigungsverhandlungen einzutreten und ihm ihre Vorschläge zu unterbreiten unter der Voraussetzung, daß auch der Vorstand seinerseits die Erhaltung der Gemeinnützigkeit des Instituts und die bestmögliche Wahrung der Rechte der Mitglieder als Verhandlungsgrundlage annehme. Die Opposition hat sich gleichzeitig für die Rechte der Reservefondsanteileseigner eingesetzt und dem Vorstand die Schadensersatzansprüche von Mitgliedern wegen der fahrlässigen falschen Einberufung der letzten Mitgliederversammlung unterbreitet.

Der Sparkommissar.

Viele Deutsche erhoffen eine Rettung aus dem wahn-sinnigen Währungszerfall durch eine Auslandsanleihe, wie sie Oesterreich vom Völkerbund erhalten hat. Oesterreich hat zugleich mit der Anleihe einen Sparkommissar erhalten, der verlangt, daß 40 Prozent der Lehrerstellen abgebaut, daß die Schulklassen auf 80 Schüler aufgefüllt und daß die Lehrer bei herabgesetztem Gehalt bis zu 42 Wochenstunden verpflichtet werden sollen.

Goldsparkasse einer Gewerkschaft.

(SGB) Wie wir erfahren, hat der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband die Errichtung einer Goldsparkasse beschlossen, die am 15. August ihre Wirksamkeit beginnt. Der Zweck dieser Einrichtung ist, den Mitgliedern des Verbandes die durch die Entwertung der Mark geschwundene Möglichkeit wieder zu schaffen, Ersparnisse wertbeständig anzulegen. Die Rechnungseinheit dieser Sparkasse ist die sogenannte D.H.V.-Festmark, die gleich 5 Klg. märkischem Roggen nach der mittleren amtlichen Notierung der Berliner Produktenbörse ist. Der Roggenpreis wurde als Wertmesser bestimmt, weil er auf lange Zeit hinaus in Deutschland ein sicher beständiger Wertmesser sein wird und weil auch in diesem Wertmesser durch das wachsende Kreditbedürfnis der deutschen Landwirtschaft die sichersten Anlagemöglichkeiten vorhanden sind. Einzahlungen erfolgen in Papiermark und werden von der Kasse nach erfolgter Durchführung der Deckungskäufe in Festmark gutgeschrieben. Die Gelder werden auf 3, 6 bzw. 12 Monate festgelegt und können nach Ablauf dieser Frist allmonatlich geündigt werden. Die Verzinsung erfolgt in Festmark. Die Deckung für die hereingenommenen Goldspareinlagen erfolgt Zug um Zug durch Beschaffung von Roggenrentendriefen, Kaffee-, Kohlen- und ähnlichen Anleihen, um ein Risiko völlig auszuschalten. Die Errichtung und Führung eines Goldsparekontos ist von dem Bestehen eines Papiermarkkontos nicht abhängig.

Aus der Tarifbewegung.

(SGB) Stuttgart, 8. Aug. Im Herzog Christoph wurden gestern Verhandlungen zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen der Metallindustrie gepflogen. Die Arbeiter schienen ihren Vertretern nicht ganz zu trauen oder war eine „Zusammenarbeit“ verabredet. Sie erschienen nämlich laut Schwäb. Merkur, in Massen vor dem Verhandlungslokal und forderten stürmisch Lohnerhöhungen. Sie erhielten eine Nachzahlung für die vergangene Woche im Betrag von 1 300 000 M., für diese Woche einen Stundenlohn von 100 000 M für Arbeiter (bisher 25 000), und 80 000 für Arbeiterinnen.

Entrüstung herrscht unter den Waldarbeitern durch die Art der Lohnauszahlung. Die letzte Woche erhielten sie den vor vier Wochen fälligen Lohn, wo für die Stunde noch 9000 Mark bezahlt wurde, während jetzt der Stundenlohn 24—25 000 Mark beträgt, mithin 2 Drittel weniger. Bei dieser Art verspäteter Lohnauszahlung ist es ihnen nicht möglich, bei der Steigerung der Lebensmittel das Allernotwendigste für den Lebensunterhalt der Familie anzuschaffen.

Vorschusszahlung in der Industrie.

Nach einer Vereinbarung in der Industrie sollen die Industrieangestellten ihre Gehälter bis auf weiteres in Monatsbritten (Debiten) als Vorschuss auf den laufenden Gehalt ausbezahlt erhalten und zwar so, daß in 10. und 20. d. d. nächsten Monats mindestens 30 Prozent des Gehalts des vorausgegangenen Monats bezahlt wird zuzüglich eines Zuschlags, der der bis dahin eingetretenen Teuerung entspricht. Diese Debitenzahlung ist für den 10. August auf 125 Prozent des Zulagehaltes veranschlagt. Der darnach am 10. August auszahlende Vorschuss wird auf volle Hunderttausend aufgerundet.

Teures Schuhwerk.

Für ein Kilo gutes Kernleder müssen heute 2 Millionen Mark und darüber bezahlt werden. Ein Paar Herrensohlen und Flecken kosten genäht 954 000 M., genagelt 919 000, Damensohlen genäht 694 000, genagelt 660 000 M., Kindersohlen je nach Größe 115 600 bis 859 000 M. Ein Paar Herrenstiefel, Handarbeit, kosten 6 Millionen Mark, Damenstiefel 5 Millionen.

Auflösung der staatlichen Getreidewirtschaft.

Berlin, 7. Aug. Amtlich wird mitgeteilt: Mit der Auflösung der staatlichen Getreidewirtschaft am 15. September wird auch die Organisation ihr Ende finden, die seit 1919 in erfolgreicher Weise den deutschen Einfuhrhandel in Auslandsgetreide bewerkstelligt hat: die Einfuhrgesellschaft für Getreide- und Futtermittel GmbH, Berlin. Als nach vierjähriger Unterbrechung der Auslandsmarkt für die deutsche Wirtschaft wieder offen stand, erwies es sich als notwendig, eine umfassend starke Organisation zu schaffen, welche die Brücke zwischen dem deutschen Getreidehandel und dem fremden Markt bildete, da die alten Beziehungen des Getreideimporteurs zu seinen früheren Lieferanten doch zu

loder geworden waren, und er auch auf dem ausländischen Getreidemarkt nicht als einziger den erforderlichen Einfluß ausüben konnte. So trat an die Stelle einzelner Importeure als Organisation des deutschen Handels die Einfuhrgesellschaft, die allein berechtigt war, Auslandsgetreide für Rechnung der Reichsgetreidestelle nach Deutschland einzuführen. Wenn nun hin und wieder dem Getreidehandel der Vorwurf gemacht worden ist, daß er mit zu hohen Ankosten arbeite und dadurch das Brot verteuere, so lassen die Ausführungen des kürzlich erstatteten Geschäftsberichts der Getreideeinfuhrgesellschaft für das Jahr 1922 die völlige Haltlosigkeit dieser Anklage erkennen. Die Kosten der Gesamtbewirtschaftung durch die Gesellschaft beziffert sich seit 1919 auf 5,5 pro Mille. Der gesamte Handel, der diese Geschäfte durchgeführt hat, hat im allgemeinen einen Bruttoverdienst von 0,5 Prozent gehabt. Von diesem Bruttoverdienst sind die erheblichen Kosten für Telephon, Kabel, Büroangestellte usw. abzuziehen. Tatsächlich ist also erreicht, daß zwischen dem deutschen Verkäufer und dem Auslande, z. B. Nordamerika, Argentinien, Australien, bis zu dem deutschen Müller, an den die Ware nach Anweisung der Reichsgetreidestelle geliefert wird, ein Zwischennutzen von 0,56 Prozent steht. Dieser Tatsache gegenüber müssen sofort alle Angriffe über unberechtigte Gewinne des Handels in Nichts zusammenfallen. Ein weiterer erfreulicher Erfolg der Getreidehandelsorganisation ist es endlich gewesen, daß in den ganzen Jahren des Bestehens der GmbH, unäutere Elemente oder Schieber von diesen Getreidgeschäften ferngehalten worden sind.

Milchpreissteigerung.

(SCB) Stuttgart, 8. Aug. Die am Montag im Hause der Landwirte geführte Milchpreisverhandlung brachte ab Freitag eine Erhöhung des Erzeugerpreises frei Sammel-

stelle und einschließlich 2000 M. Vertragszuschlag auf 16 000 Mark, daneben eine wesentliche Steigerung aller Nebenkosten. Der Milchleinverkaufspreis wird deshalb auf mindestens 24 800 M. zu stehen kommen. Dieser Preis gilt nur bis einschließlich 18. August. Von da ab soll ähnlich wie in den Nachbarländern eine wöchentliche Preisregelung Platz greifen, um den raschen Schwankungen des Geldwertes rascher folgen zu können und dadurch eine bessere Milchlieferung zu erreichen.

Vom Stuttgarter Viehmarkt.

(SCB) Stuttgart, 8. Aug. Von der Stuttgarter Fleischermessung wird zu den Vorgängen auf dem gestrigen Schlachtwiehmarsch folgendes geschrieben: „Am gestrigen Schlachtwiehmarsch bemüht sich der Stuttgarter Metzgermeister eine starke Erregung über die außergewöhnlich hoch festgesetzten Richtpreise für Schlachtwiech. Eine große Anzahl war der Ansicht, daß unter diesen Verhältnissen nicht mehr weiter gemacht werden könne und wollte als Protest den Schlachtwiehmarsch überhaupt nicht besuchen. In einer sofort einberufenen Versammlung sämtlicher Metzgermeister wurde die Lage besprochen. Obwohl viele die Absicht verwirklichen wollten, den Markt nicht zu besuchen und lieber ihre Läden zu schließen, wurde schließlich im Hinblick auf die gesamte Lage beschlossen, dennoch auf diesem Markt im Interesse der Bevölkerung einzukaufen, nachdem mit den Händlern vereinbart war, daß diese sämtliches angefahrenes Schlachtwiech, soweit für den Stuttgarter Bedarf nötig, den Stuttgarter Metzgern zu den Richtpreisen zur Verfügung stellten. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Händler die vereinbarten Richtpreise einhielten, so daß die Vereinbarung durchgeführt werden konnte.“

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. B. Oberprüfer Dr. Baensch, Calw. Druck und Verlag der W. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Luftkurort Hirsau.
Heute Donnerstag abend 8 1/4 Uhr
Kuranlagen-Konzert.

Landw. Bezirksverein Calw.
Auf Lager ist:
Futtermehl, | Kainit,
Kalifalz, | Koch- u. Viehsalz.
Ausgabe Mittwochs und Samstags.
Fernsprecher 96. Die Geschäftsstelle.

Calw, den 8. August 1923.
Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der langen Krankheit und dem Tode unserer lieben Großmutter, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Marie Hezler.

Tüchtige Erdarbeiter
finden sofort Beschäftigung
Näheres Bezirksarbeitsamt Calw.

Suche ein jüngeres, fleißiges
Zimmer- Mädchen
zum sofortigen Eintritt.
Zeitgemäße Bezahlung.
Pension Adam, Hirsau,
Ich bin in der Lage
Trikotreste
gut u. preiswert zu verkaufen
Auch der von
Frl. Nane Schabbe geführte
Familien tee
ist zu haben.
Carl Binder,
Zwinger 295.

Mädchen oder Frau
tüchtig im Haushalt, für einige Wochen ausstillweise bei guter Bezahlung gesucht. Beihilfe vorhanden.
Frau Bauerkmstr. Ober.
Senffamen Spörgel Herbitrübsamen Garbenbänder
empfiehlt
Otto Jung.

Sämtliche Drucksachen
für Behörden, Industrie, Handel und Gewerbe, Landwirtschaft, Private und Vereine werden in kürzester Zeit zu billigen Preisen hergestellt in der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw
Fernruf 9 Lederstraße 151.

Älterer
Roch,
der beste Erfahrung in engl. und amerikanischer Küche hat,
sucht Stellung.
Angebote unter N. S. 182 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Junger tüchtiger
Mann
sucht sofort lohnende Beschäftigung gleich welcher Art.
Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Offiziere noch zu günstigen Preisen:
Blusenstoffe, Hemdflanell, kariert und gestreift,
Schürzenstoffe in allen Farben in nur prima Qualität.
Anna Weber, obere Marktstraße 31 III.

Statt jeder besonderen Einladung.
Wir beehren uns, zu unserer am Samstag, den 11. August 1923 stattfindenden
Hochzeitsfeier
im Gasthaus zum „Löwen“ in Oberreichenbach freundlichst einzuladen.
David Frommer, Würzbach.
Anna Maria Rezer, Siehdichfür.
Kirchgang um 12 Uhr in Altbürg.

Calw.
Am Samstag, den 11. ds. Mts., vormittags 9 Uhr verleihere ich vor meiner Kanzlei, Salzgasse 62, gegen bare Bezahlung:
3 Messer, 2 Beile, 1 Rechen, 3 Grastücher, 7 Sichel, 1 Waldfäge u. 1 Haagschere.
Gerichtsvollzieher Ohngemach.

Zu kaufen gesucht
Kleiderschrank
neu oder gut erhalten.
Angebote erbittet
B. Man, Salzgasse 56.

2 Tische
mittlerer Größe
zu kaufen gesucht.
Oberamtsparhause Calw

Dr. Mezger
ist bis Ende dieses Monats im Urlaub.

Das Mehl
ist morgen Vormittag im Kommunalverbandslager abzuholen.

Einhausgenossenschaft für das Bäckergewerbe.

Klavier
zu kaufen gesucht.
Angebote unter B. 184 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
Fahrpläne
find auf der Geschäftsstelle ds. Bl. erhältlich, das Stück zu Mk. 1000.—.

Ein Blatt
das nicht die Interessen Ihres Bezirks vertritt, ist für Ihren Wirtschaftsbetrieb wert- und zwecklos, die Geschäfte anderer Leute besorgen Sie, wenn Sie sich ein derartiges Blatt halten.

Aufruf!
Revolution in der Bühnenkammer.
Bürger und Arbeiter von Calw.
Ich kaufe
heute, den 9. August bis Samstag, den 11. August nachm. 3 Uhr im Gasthaus zur „Jungfer“
Lumpen, Knochen usw.
u. zahle die höchsten Tagespreise.
Arbeiter u. Bürger tut eure Pflicht und bringt eure Lumpen.
Mühle und Schuler, Stuttgart.